

DIE ZEIT IST REIF Freiheit für Abdullah Öcalan!



Mitglieder der Kampagne auf einer Delegiertenkonferenz von 14 Gewerkschaften in Großbritannien, London September 2019

Die Zeiten im türkisch-kurdischen Konflikt stehen derzeit auf Sturm. Erdogans Regierungspartei AKP führt nicht nur seit geraumer Zeit einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land, auch gegen die Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden in Syrien und im Irak setzt sie auf militärische Eskalation. Eine friedliche politische Lösung der kurdischen Frage scheint deshalb derzeit so fern wie lange nicht mehr. Der Kampf der kurdischen Gesellschaft um Selbstbestimmung hat sich zum Schlüsselement der demokratischen Neugestaltung und Stabilisierung der Türkei sowie der gesamten Region entwickelt. Zentral für die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei ist in diesem Sinne die verfassungsrechtliche Anerkennung der Kurdinnen und Kurden, auf deren Grundlage ihre kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte garantiert werden.

Eine zentrale Bedingung von kurdischer Seite für einen Frieden ist die Beendigung der Isolation Abdullah Öcalans, des wichtigsten politischen Repräsentanten der kurdischen

Gesellschaft. Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung im Februar 1999 aus der griechischen Botschaft in der kenianischen Hauptstadt Nairobi befindet sich Öcalan auf der türkischen Gefängnisinsel İmralı. Aus diesem Grund hat die Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ die weltweite „Free Öcalan“-Kampagne ins Leben gerufen. Millionen von Menschen setzen sich seit Jahren für Öcalans Freiheit ein.

Zuletzt riefen nun auch die Kurdische Aktionsgruppe für Menschenrechte (Kurdish Human Rights Action Group, KHRAG) in Südafrika und der südafrikanische Gewerkschaftsdachverband COSATU (Congress of South African Trade Unions) dazu auf, die internationale Kampagne „Die Zeit ist reif: Freiheit für Abdullah Öcalan – Für einen gerechten Frieden in der Türkei“ zu unterstützen.

In einem offenen Brief beider Organisationen heißt es: „Unser Hauptziel ist es, einen gerechten Frieden in der Türkei und in der Region zu fördern. Das autoritäre Regime von Präsident Erdogan hat in den letzten Jahren intern und extern eine Politik des Expansionismus und der Aggression verfolgt. Diese expansionistische Politik hat sich negativ auf die Kurden in der Türkei ausgewirkt und die Friedensbemühungen im Nahen Osten, Nordafrika, Kaukasus und Europa untergraben. Die Freilassung von Abdullah Öcalan als legitimer Vertreter der kurdischen Gesellschaft ist unabdingbar, um in der Türkei und der gesamten Region den Weg für Frieden zu ebnen. Wir wissen aus unserer eigenen Erfahrung in Südafrika, dass die Freilassung der legitimen und glaubwürdigen Führungspersönlichkeiten unumgänglich und eine notwendige Voraussetzung für jeden Friedensprozess ist.“

Die Kampagne richtet sich an die Vereinten Nationen (UN). Die Initiatoren der Kampagne möchten mit einer koordinierten internationalen Solidaritätskampagne die UN zum Handeln bewegen.



Inhaltsverzeichnis

Wer ist Abdullah Öcalan? Kurzbiografie sowie aktuelle Situation und Rolle.....	4
Rechtsbüro Asrin: İmralı ist ein juristisches schwarzes Loch	9
Offener Brief der Internationalen Kampagne: Die Zeit ist reif: „Freiheit für Abdullah Öcalan - Für einen gerechten Frieden in der Türkei“	16

Wer ist Abdullah Öcalan? Kurzbiografie sowie aktuelle Situation und Rolle

Biografie

Abdullah Öcalan wurde 1949 als Kind armer Eltern im kurdischen Südosten der Türkei im Dorf Amara (Ömerli) bei Urfa geboren. Nach dem Abitur arbeitete er zunächst als Katasterbeamter in Diyarbakir, bevor er Politikwissenschaften an der Universität in Ankara studierte. Beeinflusst von der schier unerträglichen Lage des kurdischen Volkes, dem der türkische Staat das Recht auf die eigene Identität und Kultur absprach, begann Öcalan nach dem Militärputsch 1971 gemeinsam mit anderen Studenten, Untersuchungen zur kurdischen Frage durchzuführen.

1978 wurde die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gegründet, die Abdullah Öcalan bis zu seiner Verschleppung 1999 leitete. Neben zahlreichen Arbeiten über Kultur und Lage seines Volkes behandelte er in vielen Vorträgen und Büchern Themen wie Philosophie, Religion, Geschlechtergleichheit und Ökologie. Dabei entwickelte er von Anfang an Konzepte für ein friedliches Zusammenleben der Völker im Mittleren Osten. Seine Hauptwerke sind auch in deutscher Sprache veröffentlicht.

1979 verließ Abdullah Öcalan angesichts des sich abzeichnenden Militärputsches die Türkei. Aus dem Ausland leitete er weiterhin die politischen Aktivitäten der PKK. Der Militärputsch 1980 hatte verheerende Auswirkungen. Hunderttausende wurden inhaftiert und in großem Ausmaß systematisch gefoltert. Die PKK organisierte den bewaffneten Widerstand und begann im Jahr 1984 mit einem Guerillakrieg. Im Bewusstsein, dass eine militärische Lösung des Konfliktes nicht möglich ist, versuchte Öcalan seit Anfang der 1990er Jahre den Fokus auf eine politische Lösung zu legen.

Die einseitigen Waffenstillstände der PKK wurden jedoch staatlicherseits nicht erwidert. In den 1990er Jahren kamen mehr als 30.000 Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Kurden. Tausende Menschen wurden von staatlich kontrollierten Todesschwadronen ermordet, mehr als 4.000 Dörfer zerstört. Millionen Kurden wurden zu Flüchtlingen. Folter und schwere Menschenrechtsverletzungen waren weit verbreitet.

Entführung und Inhaftierung Öcalans

Bemühungen, in Europa eine politische Lösung der kurdischen Frage zu befördern, schlugen fehl. Auf Italien, wo er sich drei Monate aufhielt, übten die Türkei und die NATO starken politischen Druck aus. Daraufhin verließ Öcalan Italien und brach nach einer Odyssee durch mehrere Staaten Europas nach Südafrika auf, wo er nie ankommen sollte. Am 15. Februar 1999 wurde er in Kenia im Rahmen einer Operation mehrerer Geheimdienste entführt und an die Türkei ausgeliefert. Die Entführung verursachte weltweite Proteste und Aufstände von Kurd*innen. In der Türkei

wurde gleichzeitig der antikurdische Nationalismus forciert, was das Land an den Rand eines Bürgerkrieges führte.

Prozess und Todesstrafe

Am 29. Juni 1999 wurde Abdullah Öcalan nach einem kurzen Schauprozess auf İmralı zum Tode verurteilt. Der Prozess wurde später von der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) als unfaires Verfahren verurteilt. 2002 wurde die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft. Daraufhin wandelte die Justiz die Strafe Öcalans in »verschärfte lebenslange Haft« ohne Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung um – in anderen Worten: Haft bis zum Tod. Auch dies wurde vom EGMR als unmenschliche Strafe verurteilt. Konsequenzen bisher: keine.

Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel İmralı

Die Haftbedingungen Öcalans sind für europäische Verhältnisse beispiellos. Er ist mit einem Regime der totalen Isolation und Willkür konfrontiert. İmralı befindet sich im Marmarameer, zwischen Bosphorus und Dardanellen, an der Grenze zwischen Europa und Asien. Die Insel ist militärisches Sperrgebiet. Die Überfahrt per Schiff ist für Besucher langwierig und sehr anstrengend. Abdullah Öcalan verbrachte die ersten zehn Jahre als einziger Gefangener auf der Insel, bewacht von mehr als 1.000 Soldaten. 2009 wurde ein neues Gefängnis für ihn und fünf weitere Gefangene erbaut. Sämtliche Zellen sind auf Isolationshaft ausgelegt. Jeder der Häftlinge hat einen eigenen winzigen Hof zum Hofgang. Durch die extreme Höhe der Mauern wirken diese Höfe wie Brunnenschächte.

Isolation und Willkür im »europäischen Guantánamo«

Lang anhaltende Isolation und Isolationshaft sollen u. a. durch Reizentzug (Deprivation) Inhaftierte psychologisch und körperlich brechen. Derartige Haftbedingungen werden deshalb als »weiße Folter« bezeichnet. Elf Jahre lang war Abdullah Öcalan der einzige Gefangene auf İmralı. Er befand sich von Anfang an in Isolationshaft, durfte niemanden berühren, niemandem die Hand schütteln. Öcalan kann noch immer keine Briefe erhalten und ist der einzige Häftling in der Türkei ohne Zugang zu einem Telefon. Meist konnte Abdullah Öcalan lediglich 30 Minuten im Monat Besuch von seinen Verwandten und eine Stunde wöchentlich von seinen Anwälten empfangen. Diese Besuche wurden und werden jedoch immer wieder von den Behörden blockiert – und finden deshalb oft monatelang nicht statt. Besonders die Verhinderung jeglicher Besuche wurde seitens des Antifolterkomitees des Europarats (CPT) mehrfach heftig kritisiert. Das Gefängnisregime auf İmralı zeichnet sich insgesamt durch große Willkür aus. So werden u. a. die Anwaltsbesuche regelmäßig ohne Rechtsgrundlage abgehört und aufgezeichnet. Internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren die menschenverachtenden und menschenrechtswidrigen Haftbedingungen Öcalans scharf. Das CPT hat über die

Gefängnisinsel mehr Berichte verfasst als über jede andere Haftanstalt und immer wieder die Isolationshaftbedingungen Öcalans und der weiteren Insassen gebrandmarkt. İmralı wird daher auch als »Europäisches Guantánamo« bezeichnet.

Friedensinitiativen Abdullah Öcalans

Öcalan war die treibende Kraft hinter der Verschiebung des Schwerpunkts der kurdischen Bewegung von einer hauptsächlich militärisch orientierten auf eine primär politisch und friedlich ausgerichtete Strategie. Seit dem ersten einseitigen Waffenstillstand 1993 bemühte er sich kontinuierlich intensiv um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage. 1995 und 1998 initiierte er weitere einseitige Waffenstillstände. Ein großer Umschwung begann, als Öcalan 1999 gegen große Widerstände die kurdische Bewegung davon überzeugte, sich auf eine friedliche Lösung zu konzentrieren und sämtliche bewaffneten Kräfte aus der Türkei abzuziehen. Daraufhin begann der längste Waffenstillstand in der Geschichte des Konflikts. Er hielt fünf Jahre.

Gefängnis- und Verteidigungsschriften

Im Gefängnis verfasste Abdullah Öcalan eine Vielzahl an Büchern, von denen die meisten bereits übersetzt wurden. Beginnend mit seiner Verteidigungsrede im Schauprozess auf İmralı, in dem er zum Tode verurteilt wurde, argumentiert Öcalan gegen Sezessionismus und für ein friedliches Zusammenleben der Völker ohne Veränderung der politischen Grenzen. In späteren Büchern entwickelte er diese Argumentation weiter. Trotz seiner inhumanen Haftbedingungen bemüht sich Öcalan nach Kräften, auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage hinzuwirken. Seine Impulse, Visionen und Strategien hatten entscheidenden Einfluss auf die kurdische Politik der letzten Jahrzehnte. Besonders sichtbar wurde dies in Rojava/Nordostsyrien, wo eine von ihm inspirierte Bewegung mitten im Kriegszustand ein demokratisches, multiethnisches und multireligiöses Gemeinwesen aufbaute und erfolgreich gegen die Angriffe u. a. des Islamischen Staates verteidigte.

»Roadmap« für Verhandlungen und Gespräche mit dem Staat

2009 kündigte Öcalan an, dass er eine »Roadmap« zum Frieden verfassen werde und forderte auf, Impulse und Anregungen zu geben. Das löste eine umfangreiche Debatte in der Türkei aus. Er stellte die »Roadmap« am 25. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes, am 15. August 2009, fertig. Sie diente als Grundlage für einen damals noch geheimen Dialogprozess mit dem Staat.

Zwischen 2009 und Mitte 2011 fanden Geheimverhandlungen einer von der türkischen Regierung ernannten Delegation mit Abdullah Öcalan auf İmralı sowie mit führenden PKK-Mitgliedern in Oslo statt (der sogenannte »Oslo-Prozess«). Auf der Grundlage von Öcalans »Roadmap« einigten sich die Akteure auf drei Protokolle.

Diese Protokolle enthielten einen Stufenplan, auf dessen Grundlage der bewaffnete Konflikt beendet und eine politische Lösung der kurdischen Frage ermöglicht werden sollte.

Die türkische Regierung entschied sich jedoch, diesen Plan nicht umzusetzen, sondern weitete die Verhaftungswellen gegen kurdische Politiker*innen und Aktivist*innen aus und begann im Juni 2011 massive Militäroperationen. In einer weiteren Serie von Gesprächen führten staatliche türkische Stellen einen direkten Dialog auf İmralı mit Öcalan – der »İmralı-Prozess«. Diese Gespräche wurden Ende 2012 staatlicherseits bestätigt. Die Ermordung von drei kurdischen Politikerinnen, darunter PKK-Gründungsmitglied Sakine Cansız, durch den türkischen Geheimdienst MİT in Paris am 9. Januar 2013 drohten die Gespräche schnell wieder zum Erliegen zu bringen, doch Öcalan hielt an ihnen fest.

Zum Newrozfest im März 2013 rief Öcalan zum Rückzug der bewaffneten Gruppen aus der Türkei auf und brachte seine Hoffnung auf eine Demokratisierung der Türkei zum Ausdruck. Der Aufruf wurde befolgt, und erneut keimte die Hoffnung auf Frieden auf. In den darauffolgenden Monaten zeigte sich jedoch, dass für den türkischen Staat das einzige Ziel in der Entwaffnung der PKK bestand und keinerlei Interesse an einer politischen Lösung vorhanden war. Letzter Höhepunkt im sogenannten »Friedensprozess« war die »Dolmabahçe-Erklärung« im Februar 2015, als in Anwesenheit des Vize-Ministerpräsidenten ein Friedensaufruf Öcalans verlesen wurde.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan jedoch änderte seine Strategie, verwarf den gesamten Dialogprozess und leitete eine erneute militärische Eskalation ein. Die Isolation von Öcalan im »Höchstsicherheitsgefängnis« von İmralı wurde maximiert, jahrelang gab es keinerlei Kontakt zur Außenwelt.

Ehrenbürgerschaften

Öcalan ist Ehrenbürger zahlreicher Städte und Gemeinden in Italien, darunter Mailand, Palermo und Parma.

Die politische Dimension

Die anhaltende Isolation Abdullah Öcalans ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenrechte. Aber der Umgang mit dem Politiker ist nicht nur eine menschenrechtliche Frage, sondern hat darüber hinaus eine weitgehende politische Dimension. Abdullah Öcalan wird von der Gesellschaft und Experten als nationale Führungsfigur und politischer Repräsentant der Kurden betrachtet. In Kurdistan und der Türkei ist allgemein bekannt, dass eine politische Lösung nur im Dialog mit Abdullah Öcalan möglich ist. Jede türkische Regierung seit 1999 war sich dessen bewusst und führte entsprechend Gespräche mit Abdullah Öcalan auf İmralı – obwohl das bis 2010 keine der Regierungen zugab.

Die Strategie der Regierung, die auf Gewalt und Spannung basiert, führt zwangsläufig in eine Sackgasse. Sie wird absehbar zu weiteren Kämpfen und unnötigem Blutvergießen führen. Die einzige Alternative zu Gewalt ist der Dialog. Abdullah Öcalan hat bewiesen, dass er zu einem solchen Dialog bereit und in der Lage ist, ihn erfolgreich zu einer dauerhaften Friedenslösung zu führen.

Gleichzeitig inspiriert Öcalan als Autor und Politiker Millionen von Menschen in Kurdistan und weltweit. Er ist einer der prominentesten politischen Gefangenen der Gegenwart. Nach mittlerweile über 20 Jahren rückt seine Freiheit auf der Tagesordnung immer weiter nach oben. Sie muss und wird kommen – je früher, desto besser.



International Initiative

“Freedom for Abdullah Öcalan — Peace in Kurdistan”

Rechtsbüro Asrin: İmralı ist ein juristisches schwarzes Loch

Das Rechtsbüro Asrin, das den kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan vertritt, hat eine Bilanz zur Situation auf der türkischen Gefängnisinsel İmralı im Jahr 2020 veröffentlicht. Darin wird in 31 Punkten das auf İmralı herrschende Isolationssystem beschrieben und in diesem Zusammenhang auf aktuelle Entwicklungen hingewiesen. Das Rechtsbüro appelliert an alle Kreise, zum Kampf um Gerechtigkeit und eine demokratische Justiz beizutragen:

Bericht über die Rechtsverletzungen im Gefängnis İmralı, neue Entwicklungen und die aktuelle Situation

1. 2020 war ein Jahr, in dem das Recht praktisch aufgehoben wurde. Das bezieht sich insbesondere auf unsere Mandanten im F-Typ-Hochsicherheitsgefängnis İmralı“, heißt es einleitend im ersten Abschnitt des mehrseitigen Berichts. Abdullah Öcalan, Hamili Yıldırım, Veysi Aktaş und Ömer Hayri Konar sei das Recht auf Kommunikation mit ihrem Rechtsbeistand und Familienangehörigen genommen worden. Diese „absolute Isolation“ bedeute systematische Folter und es bestünden „zunehmende Zweifel, ob die physische und psychische Integrität unserer Mandanten gewahrt wird“.
2. Öcalan hatte 2019 für einen begrenzten Zeitraum die Gelegenheit, auf İmralı mit seinem Rechtsbeistand und Angehörigen zu sprechen. Es wurden Stellungnahmen und Einschätzungen von ihm veröffentlicht. Der im Zuge des damaligen Hungerstreiks entstandene gesellschaftliche Druck konnte die Isolation teilweise durchbrechen. Dem Widerspruch gegen ein Gerichtsurteil, das für die Begründung des Kommunikationsverbots herangezogen wurde, ist in dieser Zeit stattgegeben worden und der Justizminister persönlich erklärte, dass Anwalts- und Familienbesuchen nichts im Weg steht.
3. 2019 konnte Abdullah Öcalan fünfmal mit seinem Rechtsbeistand und dreimal mit Angehörigen sprechen. Bei diesen Gesprächen ist erneut deutlich geworden, dass Öcalan einen lösungsorientierten Ansatz bei der kurdischen Frage und der Demokratisierung des Mittleren Ostens verfolgt und über großen Einfluss verfügt. In der vor allem in den letzten fünf Jahren von schlimmen Katastrophen gebeutelten Gesellschaft wurde dieser Ansatz als Hoffnung und „Politik des Lebens“ wahrgenommen. 2019 fanden die letzten Gespräche im August statt, danach wurde wieder jegliche Kommunikation unterbunden.

Öcalans Gedanken sollen isoliert werden

4. Am 15. Februar 2020 richteten Menschenrechtsorganisationen, juristische Verbände und politische Persönlichkeiten einen Appell an die Öffentlichkeit, um

auf das Isolationssystem auf İmralı aufmerksam zu machen und eine Wiederholung des Hungerstreiks zu verhindern. An dem Hungerstreik 2019 hatten sich über 3000 Menschen weltweit beteiligt, neun Menschen nahmen sich aus Protest das Leben. 2020 kommt es jedoch zu keinen positiven Entwicklungen. Zum Ende des Jahres beginnt ein weiterer Hungerstreik und Leyla Güven wird ein weiteres Mal verhaftet.

5. Wie in den vergangenen Jahren hat die „Internationale İmralı-Delegation“ auch 2020 eine Besuchsgenehmigung für Abdullah Öcalan beim Justizministerium beantragt. Mitglieder der Delegation sind Melanie Gingel, Felix John Padel, Julie Ward, Savanah Taj und Ögmundur Jónasson. Sie erklärten am 17. Februar, bei İmralı handele es sich um ein „Labor sowohl für Unterdrückung als auch für Demokratie“, in dem es keine Menschenrechte gebe. Von İmralı aus breite sich das Isolationssystem auf alle Gefängnisse in der Türkei aus. Das System ziele darauf ab, die Gedanken Öcalans zu isolieren und ihnen ihre Wirkungskraft zu nehmen.

Kontakte zu Familienangehörigen in 2020

6. 2020 gibt es zwei Kontakte Abdullah Öcalans mit der Außenwelt: Am 3. März findet ein Familienbesuch statt, am 27. April ein Telefongespräch mit seinem Bruder. Auch diese beiden Kontakte werden mit öffentlichem Druck durchgesetzt.
7. Am 27. Februar gibt der türkische Innenminister bekannt, dass auf İmralı ein Brand ausgebrochen ist. Am 3. März findet daraufhin ein Familienbesuch statt. Das Telefongespräch am 27. April erfolgt im Zuge der allgemeinen Besorgnis hinsichtlich der Corona-Pandemie. Es ist der letzte Kontakt von Öcalan und seinen Mitgefangenen zur Außenwelt. Öcalan sagt in diesem Gespräch zu der unvorhersehbaren Situation auf İmralı: „Im Moment geht es mir gut, was zukünftig sein wird, weiß ich nicht.“

Kurden als Stabilisierungsfaktor in der Türkei

8. Trotz der eingeschränkten Möglichkeiten legt Öcalan bei den beiden Gesprächen ansatzweise dar, wie er über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen denkt und was er für die Zukunft voraussieht. Diese Einschätzungen werden im Verlauf des Jahres bestätigt.

Am 3. März sagt er, dass die Türkei wie ein Tisch mit zwei Beinen sei und die Kurden das dritte Standbein sein müssten: „Auf zwei Beinen kann der Tisch nicht stehen, dafür ist ein drittes Bein notwendig. Ohne die Kurden kann er nicht auf den Beinen bleiben.“ Das wisse auch der türkische Staat: „Aber er versucht, ihm genehme Kurden zu erschaffen. Und das klappt nicht, es kann nicht funktionieren.“

Im Telefongespräch am 27. April weist er darauf hin, dass die Kurden gegeneinander aufgehetzt werden. Ein innerkurdischer Konflikt nütze weder dem kurdischen Volk noch der Gesamtbevölkerung der Türkei: „Keine politische Organisation darf dem Irrtum verfallen, dass sie durch einen innerkurdischen Krieg stärker werden kann und ihr ein eigener Staat zugesprochen wird“, warnte Öcalan. Diese Botschaft richte sich an alle Seiten: „Weder die Kurden noch der Mittlere Osten haben Bedarf nach einem neuen Krieg und weiterem Blutvergießen. Es besteht Bedarf nach Frieden und Einheit.“

Der CPT-Bericht und die Reaktion des İmralı-Regimes

9. Am 5. August 2020 veröffentlicht das Antifolterkomitee CPT einen Bericht zur Situation im Inselgefängnis İmralı. Der Bericht geht auf Besuche in türkischen Haftanstalten im Mai 2019 zurück. Das System und die Isolation auf İmralı werden als inakzeptabel bezeichnet. In dem Bericht heißt es, dass sich die vier Gefangenen auf der Insel bis auf neun Stunden pro Woche in absoluter Einzelhaft befinden. Als Gruppe konnten sie nur sechs Stunden pro Woche zusammentreffen und in Paaren drei weitere Stunden pro Woche: „Infolgedessen befanden sich alle Gefangenen die meiste Zeit in Einzelhaft.“ Das bedeute Isolation an 159 Stunden von 168 Stunden pro Woche. Am Wochenende sind die Gefangenen rund um die Uhr isoliert. Das CPT erklärt dazu: „Nach Ansicht des Komitees ist ein solcher Zustand nicht hinnehmbar.“
10. Im Oktober verabschiedet die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) eine Resolution zur Repression gegen die Opposition in der Türkei. Erwähnung findet auch die Isolation Abdullah Öcalans: „Die Versammlung ist zutiefst besorgt über glaubwürdige Anschuldigungen von Folterungen in Polizei- und Haftanstalten und erwartet von den türkischen Behörden eine rasche Reaktion auf diese Anschuldigungen. Die Versammlung begrüßt die Veröffentlichung von zwei Berichten, die 2017 und 2019 vom Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) erstellt wurden, im August 2020 und wiederholt ihre Forderung an die türkischen Behörden, diese ohne weitere Verzögerung zu genehmigen, die Veröffentlichung des CPT-Berichts 2016 und die Umsetzung aller verbleibenden CPT-Empfehlungen, einschließlich derjenigen, die sich auf die Situation von Herrn Abdullah Öcalan und anderen Gefangenen beziehen, die weiterhin von Kontakten zur Außenwelt abgeschnitten sind, in dem bereits in der Resolution

2260 (2019) genannten geschlossenen Hochsicherheitsgefängnis vom Typ F İmralı.“

11. Bis zum 19. April wird eine gerichtliche Anordnung als Begründung für das Verbot Anwaltsgespräche auf İmralı herangezogen. Seitdem wird bis auf die fünf stattfindenden Gespräche kein Besuchsantrag beantwortet.
12. Besuchsanträge von Angehörigen und dem gesetzlichen Vormund sind 2019 mit Verweis auf verhängte Disziplinarstrafen im Copy-Paste-Verfahren abgelehnt worden. 2020 werden die ersten drei Anträge mit Verweis auf die letzte Disziplinarstrafe aus dem Jahr 2019 abgelehnt. Seit dem 20. Januar 2020 werden Besuchsanträge nicht mehr beantwortet.
13. Nach der Veröffentlichung des CPT-Berichts werden im September 2020 plötzlich drei verschiedene Verbotsverfügungen zu Besuchen und Telefonkontakten mit dem Rechtsbeistand und Familienangehörigen vorgelegt. Mit dieser Reaktion auf den Bericht des europäischen Antifolterkomitees wird die Isolation noch weiter verschärft.

Unbeantwortete und abgelehnte Besuchsanträge

14. Im Jahr 2020 wird bis zum 23. September kein Besuchsantrag des Rechtsbeistands für İmralı beantwortet. Seit dem 25. September werden Mandantengespräche mit Verweis auf eine sechsmonatige Verbotsverfügung des Vollzugsrichters in Bursa verhindert. Auch dieser Beschluss ist in Copy-Paste-Methode verfasst.
15. Hinsichtlich der Anträge auf Besuchsgenehmigungen von Familienangehörigen sieht die Lage ähnlich aus.
16. Keinem der 96 in 2020 gestellten Besuchsanträgen des Rechtsbeistands wurde stattgegeben. 68 wurden gar nicht beantwortet, 28 Anträge wurden mit Verweis auf Verbotsverfügungen abgelehnt. Von 50 Anträgen auf Familienbesuch werden 40 nicht beantwortet und neun abgelehnt. Ein Antrag wird angenommen.

Recht auf Kommunikation und Austausch

17. Kommunikation mit den Gefangenen auf İmralı wird durch die Corona-Pandemie noch wichtiger. Das Rechtsbüro Asrin stellt diverse Anträge auf Kommunikationsmöglichkeiten mit seinen Mandanten und zieht für eine einstweilige Anordnung vor das türkische Verfassungsgericht und den

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Die Eilanträge wurden abgelehnt, der Antrag in der Hauptsache ist weiterhin anhängig.

18. Die Gefangenen auf İmralı können am 27. April 2020 erstmalig ihr Recht auf telefonische Kommunikation wahrnehmen. Diese auf zwanzig Minuten beschränkten Gespräche stellen eine Premiere in der Geschichte der Gefängnisinsel dar, es ist jedoch auch der letzte Kontakt mit İmralı.
19. 2020 wird über hundert Mal eine Genehmigung für telefonische Anwalts- und Familiengespräche beantragt.
20. Auch briefliche Kommunikation kann 2020 nicht durchgesetzt werden. Das Rechtsbüro schickt dreißig Schreiben an seine Mandanten, wo sie landen, ist unbekannt. Auch von İmralı aus kommt keine Post. Es gibt überhaupt keine Informationen.

Juristische Verfahren und Gerichtspraxis

21. Das Gefängnis İmralı ist ein juristisches schwarzes Loch. In gewissen Abständen gibt es neue Verfügungen, die keiner juristischen Kontrolle unterliegen. Früher wurden Kontakte mit İmralı mit defekten Booten und schlechtem Wetter begründet, heute gibt es Anordnungen vom Disziplinarausschuss oder Gerichten, die im Copy-Paste-Verfahren hergestellt werden.
22. Der Rechtsbeistand der İmralı-Gefangenen hat keine vollständige Akteneinsicht, in jüngster Zeit erfährt das Rechtsbüro nicht einmal mehr die Aktenzeichen der laufenden Verfahren. Durch die juristische Isolation soll die Lage auf İmralı zum Dauerzustand gemacht werden.
23. Auch bei übergeordneten juristischen Stellen und Kontrollgremien kommt der Rechtsbeistand nicht weiter. Das Vollzugssystem auf İmralı unterliegt keiner juristischen Kontrolle. Einem internationalen Konzept folgend ist die Insel zum rechtsfreien Raum erklärt worden. Die Große Kammer des EGMR stellt in ihrem Urteil vom 12. Mai 2005 fest, dass Abdullah Öcalans Verfahren in der Türkei nicht vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht stattgefunden hat und sein Recht auf Verteidigung verletzt wurde. Laut Urteil muss der Prozess neu aufgerollt werden. In der Türkei wird pro forma ein neues Verfahren eingeleitet, ein neuer Prozess findet nicht statt. Der EGMR und der zuständige Ministerrat erkennen die Maßnahme trotzdem als ersten Schritt an. Dieser juristisch fragwürdige Kompromiss führt aktuell dazu, dass die für alle Mitglieder des Europarats verbindlichen Urteile des EGMR in mehreren Verfahren in der Türkei missachtet werden.
Auch hinsichtlich des EGMR-Urteils vom 18. März 2014 zur Menschenrechtswidrigkeit einer bis zum physischen Tod verhängten

Freiheitsstrafe ohne Hoffnung auf Entlassung gibt es keine Entwicklungen. Diese Situation führt dazu, dass Tausende neue Bestimmungen im türkischen Strafvollzugssystem eingeführt werden.

24. Das türkische Verfassungsgericht hat hinsichtlich des Verbots von Öcalan-Büchern im Juni 2014 festgestellt, dass damit seine Gedanken- und Ausdrucksfreiheit verletzt worden ist. Trotz dieses Urteils sprechen untergeordnete Stellen weitere Verbote aus. Das Prinzip der Verbindlichkeit von Urteilen des Verfassungsgerichts wird damit außer Kraft gesetzt, was heute in vielen ähnlichen Verfahren sichtbar wird. Diese Beispiele zeigen auf, dass sich das spezifische Vorgehen gegen Öcalan nicht auf İmralı beschränkt und das gesamte Rechtssystem der Türkei umfasst.
25. Dass Gerichtsurteile nicht umgesetzt werden und auch andere juristische Verfahren in einer Dauerschleife festgehalten werden, ermutigt die zuständigen Stellen zu rechtswidrigem Vorgehen. Ein 2011 beim EGMR gestellter Antrag zur Isolation ist immer noch anhängig. Dabei handelt es sich um ein konkretes Beispiel für die gegenwärtige Situation. Die Kontaktsperre auf İmralı dauert trotz der genannten CPT-Berichte seit 21 Jahren auf willkürliche Weise an.
26. Das Rechtsbüro Asrin stellt 2020 neben den laufenden Verfahren vor regionalen Gerichten im Zusammenhang mit seinen Mandanten auf İmralı 19 Anträge vor dem Verfassungsgericht und einen beim EGMR. Zum Ende des Jahres liegen 39 Akten beim Verfassungsgericht und sieben beim EGMR. Die aus dem EGMR-Urteil von 2014 hervorgehenden Bestimmungen sind nach wie vor nicht erfüllt.

Schlussfolgerungen

27. Das Inselgefängnis İmralı unterliegt weiterhin einem spezifischen Status. Das Isolations- und Foldersystem basiert auf dem rechtswidrigen Vorgehen nicht nur der türkischen Justiz, sondern auch des internationalen Rechtssystems. Es fällt in die Verantwortung des Europarats, für die Umsetzung der Entscheidungen des EGMR und des CPT zu sorgen. Das İmralı-System konnte nur mit Einwilligung oder völliger Missachtung internationaler Institutionen etabliert werden.
28. Das İmralı-System spiegelt die Politik zur kurdischen Frage wider. Eine demokratische Lösung der kurdischen Frage als eines der Hauptprobleme im Mittleren Osten wird von Mächten abgelehnt, die von dem Kriegszustand profitieren. Abdullah Öcalan hat mit seinem demokratischen Gesellschaftsmodell eine Lösung für die seit Jahrhunderten andauernden nationalstaatlichen Konflikte

vorgelegt, die vom kurdischen Volk gemeinsam mit seinen Nachbarvölkern gelebt wird.

29. Mit dem İmralı-System soll das von Öcalan vorgelegte Lösungsmodell isoliert werden. Es ist nicht zu übersehen, dass sich Abdullah Öcalan bei jeder möglichen Gelegenheit beharrlich für eine demokratische Lösung einsetzt. Das hat jeder Kontakt mit ihm bewiesen.
30. Als eine weitere wichtige Entwicklung im Jahr 2020 ruft eine internationale Aktionsgruppe den 10. Oktober zum globalen Tag für die Freiheit von Abdullah Öcalan aus. Weltweit fordern Kurd*innen und Gleichgesinnte seine Freilassung.
31. Um das Isolationssystem auf İmralı zu überwinden, müssen vor allem die jedem Menschen zustehenden universellen Rechte anerkannt werden. Es muss eine Kommunikation mit Anwälten und Angehörigen stattfinden können und die unmittelbaren Isolationsmaßnahmen müssen aufgehoben werden. Für eine wirkliche Überwindung dieses sich ständig erneuernden und reproduzierenden Systems müssen jedoch Abdullah Öcalan, das mit ihm verbundene kurdische Volk und alle anderen Völker und Menschen juristisch gleich und frei sein. Das Rechtsbüro Asrin ruft dazu auf, zu diesem Kampf für Recht und Gerechtigkeit beizutragen.



Offener Brief der Internationalen Kampagne: Die Zeit ist reif: „Freiheit für Abdullah Öcalan - Für einen gerechten Frieden in der Türkei“



António Guterres
Generalsekretär
Vereinte Nationen

New York, NY
Per E-Mail: sgcentral@un.org

January 2021

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

die Vereinten Nationen wurden gegründet, um Frieden und Sicherheit zu erhalten sowie freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln. Wir glauben, dass die Missachtung der grundlegenden Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den damit verbundenen internationalen Verträgen definiert sind, eine der Hauptursachen für die anhaltenden bewaffneten Konflikte ist, die das Engagement der Vereinten Nationen im Sinne einer Lösung erfordern. Wir würdigen Ihr Engagement, gewaltsame Konflikte durch Dialog und Verhandlungen zu lösen, sowie Ihre Unterstützung für die Friedenskonsolidierung in verschiedenen Ländern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Daher wenden wir uns mit großen Hoffnungen und Erwartungen an Sie, um bei der Lösung eines der ältesten Konflikte der Welt zu helfen, der für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Die Republik Türkei, ein UN-Mitgliedstaat, stellt eine fundamentale Bedrohung für Frieden und Stabilität in der heutigen Welt dar. Unter der Präsidentschaft von Recep Tayyip Erdogan ist die Türkei zu einer großen Bedrohung für die regionale und globale Ordnung geworden, weil sie eine aggressive Außenpolitik mit direkter militärischer Intervention in verschiedenen Konfliktzonen verfolgt und damit gegen internationale Rechtsnormen und -vorschriften verstößt. Die expansive Politik der Türkei in Syrien und im Irak sowie die Interventionen in Libyen, im östlichen Mittelmeerraum und im Kaukasus haben blutige Konflikte ausgelöst oder verschärft und zu zunehmenden Menschenrechtsverletzungen, Verlusten von Menschenleben, Vertreibung und Instabilität geführt.

Die Türkei hat wenig Rücksicht auf das Grundprinzip der Souveränität von UN-Mitgliedsstaaten genommen und hat offen und wiederholt die territoriale Integrität ihrer Nachbarn und anderer Länder verletzt. Im März 2018 besetzte die Türkei die

kurdische Stadt Afrin und umliegende Gebiete in Nord- und Ostsyrien. Da die UNO die türkische Invasion nicht als Besetzung verurteilte und keine Maßnahmen ergriff, hat die Türkei ihre Besatzungspolitik bis heute fortgesetzt. Im Jahr 2019 besetzte die Türkei die Städte und umliegenden Gebiete von Ra's al-Ayn (Serêkaniyê) und Tal Abyad (Girê Sipî) in Nord- und Ostsyrien. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die Arabische Republik Syrien veröffentlichte am 14. August 2020 einen 25-seitigen Bericht, in dem sie ihre Erkenntnisse aus den zwischen dem 11. Januar und dem 1. Juli 2020 durchgeführten Untersuchungen darlegt. Der Bericht dokumentiert, wie die von der Türkei unterstützte Syrische Nationale Armee (SNA) in Afrin und Umgebung möglicherweise Kriegsverbrechen wie Geiselnahme, grausame Behandlung, Folter und Vergewaltigung begangen hat.

Die Innen- und Außenpolitik des türkischen Staates ist von Frauenfeindlichkeit, Diskriminierung und Unterdrückung geprägt, und der türkische Staat sowie das türkische Militär sind bekannt für systematische und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gegen bedrohte religiöse Minderheiten wie Jesiden, Christen und Aleviten sowie gegen Verteidiger der Menschenrechte und der demokratischen Opposition, einschließlich derjenigen islamischen Glaubens. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie die Türkei, ein UN-Mitgliedstaat, ihre internationalen Verpflichtungen vorsätzlich ignoriert. Allein im letzten Jahr haben viele internationale Organisationen, darunter das Europäische Parlament, der Europarat, der Europäische Rat, die NATO und die Arabische Liga sowie der UN-Menschenrechtsrat und internationale Menschenrechtsorganisationen Sondersitzungen abgehalten oder Berichte herausgegeben, in denen sie zu Recht den demokratischen Rückschritt und die Menschenrechtsverletzungen der Türkei verurteilt haben.

Wir glauben, dass es an der Zeit ist, die Türkei aufzufordern, ihren Verpflichtungen gemäß dem humanitären Völkerrecht nachzukommen und insbesondere die UN-Verträge einzuhalten, die die Türkei unterzeichnet hat. Die türkische Regierung hat das Kriegsrecht erklärt und damit das Völkerrecht in Bezug auf die Kurden in der Türkei außer Kraft gesetzt. Die türkischen Streitkräfte greifen ständig und systematisch ungestraft kurdische Gebiete im Norden und Osten Syriens sowie im Nordirak an, riskieren dabei das Leben von Zivilisten und bauen und unterhalten Stützpunkte und Außenposten in diesen Regionen. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip der nationalen Souveränität, das die UNO zu wahren versucht.

Seit ihrer Gründung hat die Türkei eine harte und kompromisslose Politik der offiziellen Leugnung der Existenz der kurdischen Gesellschaft, ihrer Identität und Kultur betrieben, obwohl es die größte nicht-türkische Nation innerhalb der modernen Grenzen der Türkei ist. Diese Kampagne der Leugnung und Verfolgung umfasste außergerichtliche Hinrichtungen, Entführungen, die Zerstörung von Tausenden von Dörfern und andere Menschenrechtsverletzungen. Als direkte Folge dieser Politik brach ein bewaffneter Konflikt zwischen den türkischen Streitkräften und der Arbeiterpartei

Kurdistans (PKK) aus, der nun schon fast vier Jahrzehnte andauert. Dieser Konflikt wurde von vielen spezialisierten Organisationen und internationalen Experten, darunter auch dem höchsten Gericht Belgiens, als nicht-internationaler bewaffneter Konflikt charakterisiert. Es hat mehrere nationale und internationale Initiativen gegeben, diesen bewaffneten Konflikt auf friedliche Weise zu lösen, die alle vom Vorsitzenden der PKK, Herrn Abdullah Öcalan, der die PKK 1978 gegründet hat und nun seit über 20 Jahren in Isolationshaft sitzt, begrüßt und unterstützt wurden. Herr Öcalan, der von Millionen Kurden als legitimer Vertreter der kurdischen Gesellschaft und Anführer seines Widerstandes gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat akzeptiert wird, spielte von 2013 bis 2015 eine zentrale Rolle in den Gesprächen mit der türkischen Regierung über eine friedliche Lösung. Er ist unbestreitbar der Gesprächspartner für einen ehrenhaften und effektiven Frieden. Die Freiheit für den Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft, Herrn Abdullah Öcalan, ist für die Lösung der kurdischen Frage unerlässlich.

Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und im weiteren Sinne für den Schutz der Menschenrechte und die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts müssen sich die Vereinten Nationen mit Herrn Öcalan auseinandersetzen und in einem ersten Schritt die Isolation und die unmenschlichen Haftbedingungen, unter denen Herr Öcalan leidet, sofort thematisieren und sich für seine sofortige Freilassung einsetzen.

Trotz der kompromisslosen Politik der türkischen Regierung und ihres aggressiven Vorgehens gegen diejenigen, die für den Dialog eintreten und Friedensinitiativen fördern, fordert die kurdische Gesellschaft weiterhin eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage. Im ganzen Land wird die kurdische Gesellschaft mit dem Kriegsrecht bestraft und der kurdische Repräsentant Abdullah Öcalan, der wiederholt sein Interesse an der Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit in der Türkei bekundet hat, wird weiterhin isoliert und in Einzelhaft gehalten. Dabei hatte die Umsetzung von Abdullah Öcalans Strategie einer demokratischen, geschlechtergerechten Gesellschaft und des Zusammenlebens der ethnischen und religiösen Gesellschaften durch die Kurden zu einer neuen Hoffnung auf Frieden geführt.

Das Komitee zur Verhütung von Folter (CPT) des Europarats bestätigte unsere Behauptungen bezüglich der unmenschlichen Haftbedingungen von Herrn Öcalan in seinem Bericht vom August 2020, der eine Diskussion über die Bedingungen des geschlossenen Hochsicherheitsgefängnisses Typ-F- İmralı beinhaltet, in dem dieser seit 1999 festgehalten wird. Hinsichtlich der Bedingungen auf İmralı wurde ein totales Verbot von Kontakten mit der Außenwelt (einschließlich Korrespondenz mit den Anwälten) über alle im İmralı-Gefängnis inhaftierten Gefangenen verhängt, was zu einer Art von Incommunicado-Haft führte. Das CPT stellte fest, dass "ein solcher Zustand nicht akzeptabel ist und eindeutig gegen verschiedene relevante internationale Menschenrechtsinstrumente und -standards verstößt". Das türkische Gesetz über den Vollzug von Strafen und Sicherheitsmaßnahmen (LESSM) wurde vom

CPT als grundlegend mangelhaft befunden und sollte nicht nur in Bezug auf das İmralı-Gefängnis, sondern für das gesamte Gefängnissystem überarbeitet werden. Alle Anträge von Anwälten und fast alle Anträge von Familienangehörigen, Herrn Öcalan zu besuchen, wurden seit Oktober 2014 abgelehnt. Dies stellt eine klare Verletzung der grundlegenden Menschenrechte dar. Wir erinnern an den Bericht des UN-Sonderberichterstatters Juan Méndez an die UN-Generalversammlung im Oktober 2011, in welchem er feststellte, dass Isolationshaft "der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe gleichkommen kann, wenn sie zur Bestrafung eingesetzt wird", und alle Länder aufforderte, diese Praxis zu verbieten, außer unter sehr außergewöhnlichen Umständen, wo sie so kurz wie möglich eingesetzt werden sollte. Das CPT forderte die türkischen Behörden erneut auf, das Haftregime, das in den türkischen Gefängnissen auf Häftlinge angewandt wird, die zu einer schweren lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurden, im Lichte der in den Absätzen 82 bis 84 des Berichts über den Besuch 2013 dargelegten Grundsätze vollständig zu überarbeiten, da die derzeitigen Haftbedingungen in der Türkei gegen die Standard-Mindestregeln der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) verstoßen.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

um des Friedens und der Stabilität in der Türkei und der Region willen bitten wir Sie, den OHCHR-Ausschuss gegen Folter zu aktivieren, um die Haftbedingungen von Herrn Abdullah Öcalan im Rahmen der UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, die von der Türkei 1998 unterzeichnet und ratifiziert wurde, unverzüglich zu untersuchen und zu behandeln. Wir bitten Sie auch, Ihre ganze Autorität als UN-Generalsekretär zu nutzen, um sich für die sofortige Freilassung des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan einzusetzen. In dieser kritischen Phase fordern wir die UN-Generalversammlung nachdrücklich auf, eine Initiative zur Ermöglichung von Friedensgesprächen zu starten und die Türkei aufzufordern, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Mahmoud Patel
Vorsitzender
KHRAG - Kurdish Human Rights Action Group

E-Mail: sakhrag@gmail.com

DIE KAMPAGNE »FREIHEIT FÜR ÖCALAN«

Als derjenige Repräsentant, der das größte Vertrauen der Kurdinnen und Kurden genießt, und als Wegbereiter einer friedlichen Lösung ist er unentbehrlich für eine Beendigung des türkischkurdischen Konflikts. Diese Rolle kann er jedoch nicht im Gefängnis spielen, wo seine Möglichkeiten zur Kommunikation äußerst beschränkt sind – er ist fast immer komplett von der Außenwelt abgeschnitten. Diese Isolation zu beenden ist der erste, dringliche Schritt. Und dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

Unterstützen Sie die Kampagne!

Mehr Informationen auf



freeocalan.org | ocalanbooks.com | freedomforocalan.org